Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe, monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 8.50. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatl. M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50, Morgen-Ausgabe M. 5.—, Abend-Ausgabe M. 2.50, Sonntags-Ausgabe M. 1.— monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatl. M. 10.— u. Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Ost.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 4.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagengebühr für die Gesamtauflage das Tausend M. 12.— netto, für Teilauflage das Tausend M. 15.— netto, für Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 1584. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 294 — Montag, den 28. Juni — 1920

Eine vierte Entwaffnungsnote?

Garantien für die Stillegung der Munitionsfabriken

Berlin, 27. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Dena meldet aus Basel: Nach Meldungen aus Paris bereitet die Entente eine Note an Deutschland vor, in welcher die deutsche Regierung aufgefordert werden soll, die noch arbeitenden Munitions-, Sprengstoff- und Waffenfabriken bis zum 15. August stillzulegen. Von diesen Fabriken sollen nur zwei für den Bedarf der Reichswehr weiterarbeiten dürfen. Die Note verlangt von der deutschen Regierung gleichzeitig, daß sie für die Stillegung der Fabriken bis zum festgesetzten Termin bestimmte Garantien übernimmt.

*

Paris, 27. Juni. (Drahtbericht.) Marschall Foch erklärte einem Vertreter der „Daily Mail" in bezug auf das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland u. a., die Zerstörung von 10 000 deutschen Kanonen sei nicht das einzige Mittel, der Gefahr vorzubeugen, die die Deutschen für den Weltfrieden bedeuten könnten. Die wahre Gefahr liege in dem feindseligen militärischen Geiste des deutschen Volkes. Wenn dieser Geist aufs neue einen Konflikt hervorrufen könnte, dann wäre die gefährlichste Waffe, deren sich die Deutschen in weitestem Maße bedienen würden, das Bombenflugzeug. Es sei eine Pflicht gegen die kommende Generation, Vorkehrungen dagegen zu treffen. Ein Mittel dafür sei, die Entfernung, die Frankreich von den Feinden trenne, zu vergrößern. „Wenn wir den Rhein verlassen," sagte Foch, „sind die Deutschen Ostende nahe, und von Ostende kann Deutschland London in einer Nacht zerstören."

Dr. Geßler über die Entwaffnung

Paris, 27. Juni. (Drahtbericht.) Reichswehrminister Dr. Geßler erklärte dem Vertreter des „Matin", Jules Sauerwein, das deutsche Volk könne sich nicht wieder erheben und seine Verpflichtungen erfüllen, wenn es nicht den inneren Frieden sicherstellen könne. Deshalb sei es unbedingt notwendig, ein Heer von 200 000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 200 000 Mann nicht genügten. Zur Bekämpfung der Unruhen im März 1919 seien 45 000 Mann notwendig gewesen, zur Niederwerfung der Räterepublik in München im April 1919 33 000 Mann, zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im Juli 1919 19 000 Mann und zur Niederschlagung des letzten Aufruhrs im Ruhrgebiete 40 000 Mann. Mit 100 000 Mann müsse man große Teile deutschen Gebietes ohne Schutz lassen. Auch die Entlassung einer so großen Anzahl von Soldaten bedeute eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu extremen Parteien übergingen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sei die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Wiederaufbaues illusorisch. Reichswehrminister Dr. Geßler betonte übrigens noch, daß nicht nur Lloyd George und Churchill, sondern auch kompetente Franzosen die Anstrengungen anerkannt hätten, die Deutschland mache, um zu einer Entwaffnung zu gelangen. Er habe die Ueberzeugung, daß nach gewissenhafter Prüfung der Lage Deutschland nicht mehr eines schlechten Willens bezichtigt wird.

Keine Verschiebung der Abstimmung in Ostpreußen

Warschau, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorschlag Polens, den Termin der Abstimmung in West- und Ostpreußen zu verschieben, wurde von den Alliierten abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt also am 10. und 11. Juli.

Marienwerder, 27. Juni. (Drahtbericht.) Die Nachrichtenzentrale Marienwerder meldet: Der Reichsbevollmächtigte für das westpreußische Abstimmungsgebiet, Graf Bandissin, hat heute der Interalliierten Kommission einen formellen Antrag überreicht, daß die Interalliierte Kommission alsbald nochmals bei der Warschauer Regierung nachdrücklich dahin wirken möge, dem seinerzeit gegebenen Freilassungsbefehl für Dr. von Holtum umgehend Geltung zu verschaffen. Der Präsident der Interalliierten Kommission, Pavla, erklärte, daß er bereits heute vormittag dem italienischen Gesandten in Warschau einen ähnlichen Auftrag übermittelt habe, und daß er den Protest des Reichsbevollmächtigten unmittelbar nach Warschau übermitteln werde. Der Aufenthalt des Herrn Dr. von Holtum ist bisher noch nicht bekannt.

Haag als Sitz des ständigen Gerichtshofes

Haag, 27. Juni. (Drahtbericht.) Nach einer von Havas veröffentlichten amtlichen Mitteilung beschloß der beratende Juristenausschuß des Völkerbundes am Sonnabend, als Sitz des in Artikel 14 des Völkerbundsvertrages vorgesehenen ständigen Gerichtshofes den Haag vorzuschlagen. Dieser Vorschlag wird zur endgültigen Genehmigung dem Völkerbundrat unterbreitet werden. Gemäß Artikel 14 des Völkerbundsvertrages soll der Gerichtshof ein internationales Organ darstellen, das Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten und nicht zwischen Individuen zu erledigen hat.

Paris, 27. Juni. (Drahtbericht.) Nach einer Havasmeldung aus Washington haben gestern die Alliierten von Wilson verlangt, er solle die erste Versammlung des Völkerbundes einberufen. Man erklärte jedoch in Washingtoner offiziellen Kreisen, daß die Einladungen nicht sofort erfolgen werden, da man noch nicht über Zeitpunkt und Ort der Tagung einig sei.

Die Bewegung gegen die Lebensmittelteuerung

Vorwerkhausen, 27. Juni. (Drahtbericht.) Am Sonnabend vormittag begannen auf den Werften der drei Unterweser-Städte Bremerhaven, Geestemünde und Lehe Lebensmittelaufläufe. Die Menge bemächtigte sich der Verkaufsstellen und verkaufte die Waren mit 100 bis 200 Prozent Verlust. Es bildeten sich dann Trupps von Frauen, welche die Lebensmittelgeschäfte in den Hauptstraßen stürmten. Die Erregung steigerte sich durch Hetzereien minderwertiger Elemente, wodurch die Lage der großen Warenhäuser aufs äußerste gefährdet war. Die Unruhen hielten mittags noch an.

München, 27. Juni. (Drahtbericht.) Ministerpräsident v. Kahr empfing in Anwesenheit des Landwirtschaftsministers und des Ministers für Inneres Heimzuge die Vertreter der Christlichen freien Gewerkschaften, die Klagen insbesondere über die Lebensmittelteuerung und drohende weitere Erhöhung der notwendigen Bedarfsgegenstände vorbrachten. Den Vertretern wurde mitgeteilt, daß die Regierung alles daransetze, ungerechtfertigte Preiserhöhungen zu vermeiden, um sobald als möglich den Abbau der Preise herbeizuführen. Vor allem werde die Regierung bei den Verhandlungen über die Festsetzung der Getreidepreise darauf bedacht sein, daß der Brotpreis unter keinen Umständen erhöht wird.

Duisburg, 27. Juni. (Drahtbericht.) Auf dem hiesigen Gemüse- und Obstmarkt erzwang eine große Menschenmenge die Herabsetzung aller Preise für Obst und Gemüse. Die Händler mußten die Kirschen für 2 M das Pfund verkaufen. Gurken für 1 M; alle andern Preise wurden annähernd um die Hälfte herabgesetzt. In Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Ein starkes Polizeiaufgebot sorgte für die Aufrechterhaltung der Ruhe.

Meiningen, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Gewerkschaften, Beamten- und Angestelltenkartelle Meiningens protestieren auf Plakaten in der ganzen Stadt gegen die unerträgliche Ueberteuerung. Sie fordern Männer und Frauen zu einem allgemeinen Käufestreik auf. Weiter wurden auf Tafeln Richtpreise angeschlagen, über die die Käufer nicht hinausgehen sollen. Nach einigen Radauszenen auf dem Markte setzte es das Publikum schließlich durch, daß sich die Verkäufer nach den von den Ersteinenden vorgeschriebenen Preisen richteten.

Landwirtschaftliche Körperschaften zur Zwangswirtschaft für das neue Erntejahr

Die vom Deutschen Landwirtschaftsrat einberufenen landwirtschaftlichen Körperschaften aller Länder erklären zur Frage der Zwangswirtschaft folgendes:

1. Die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse darf sich für das Erntejahr 1920/21 nur noch auf Brotgetreide und Milch unter Vermeidung von Härten für den Erzeuger erstrecken. Alle übrigen Erzeugnisse sind ganz frei zu geben. Die Vertretungen der Landwirtschaft sind aber bereit, die Beschaffung wichtiger Lebensmittel unter Ausschluß behördlicher Einwirkung durch Abschluß unmittelbarer Lieferungsverträge sicherzustellen.

2. Sollte diesem Grundsatz nicht schleunigst Rechnung getragen werden, müssen die landwirtschaftlichen Körperschaften jede Mitarbeit für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes ablehnen.

3. Erste Voraussetzung für die Besserung der Lebenshaltung des deutschen Volkes ist die Vermehrung landwirtschaftlicher Produktion. Diese kann nur wieder hochkommen, wenn dem Landwirte endlich volle Freiheit in seinem Betriebe gegeben wird.

Arbeitgeber und Steuerabzug

Düsseldorf, 27. Juni. (Drahtbericht.) Die Arbeitgeber für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins der deutschen Eisen- und Stahlindustrie haben folgende Kundgebung veröffentlicht: Im hiesigen Gebiet bringt die Presse der unabhängigen Sozialdemokraten anläßlich des Steuerabzuges heftige Angriffe auf die Arbeitgeber. Diese werden als die Urheber des Steuerabzuges hingestellt. Wir erheben gegen die Unterstellung, daß die Unternehmer für den Lohnabzug zu Steuerzwecken eingetreten seien, entschiedenen Einspruch. Diese Bestimmung ist gegen den Wunsch und gegen die dringende Warnung des Unternehmertums durchgeführt worden. Die Verantwortung für die aus der überstürzten Durchführung etwa entstehenden Gefahren und Schäden müssen wir daher als die Vertreter der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie ablehnen.

Eine technische Nothilfe in Wien gegen den ungarischen Boykott?

Wien, 27. Juni. (Drahtbericht.) Vertreter des Bürger- und Ständerates erschienen heute beim Staatskanzler Dr. Renner, um anzukündigen, daß Bürger- und Ständerat eine technische Nothilfe wegen des Boykotts gegen Ungarn zu organisieren bereit wäre, und anzufragen, ob die Regierung diese Aktion unterstützen wolle. Der Staatskanzler bat, diese der in wenigen Tagen eingesetzten definitiven Regierung vorzulegen, die demissionierte Regierung identifiziere sich in keiner Weise mit dem Boykott.

Die türkischen Einwände gegen die Friedensbedingungen der Entente

Paris, 27. Juni. (Drahtbericht.) Wie der Londoner Vertreter des „Temps" berichtet, wird die Antwort der türkischen Regierung auf die Friedensvorschläge folgende Hauptpunkte enthalten:

1. Die Türkei weigert sich, Thrazien und Smyrna an Griechenland abzutreten und verlangt, daß die türkisch-griechische Grenze so bleibe, wie sie 1913 war.

2. Die Türkei erkennt die Unabhängigkeit Armeniens an und will ihm einen Teil der Provinzen Wan, Bitlis und Erzerum abtreten, verlangt aber dafür Entschädigung.

3. Die Türkei erkennt die Regierung von Hedschas an und stimmt den Mandaten in Syrien und Mesopotamien zu, verlangt aber, daß türkische Delegierte mit gleichen Rechten in die Grenzfestsetzungskommission aufgenommen werden.

4. Endlich nimmt die Türkei im Grundsatz die internationale Kontrolle über die Meerengen an, verlangt aber in der Kontrollkommission Sitz und Stimme.

Die türkische Friedensdelegation wird die Antwort auf die finanziellen und militärischen Klauseln erst später übermitteln, da am 23. Juni vorerst nur ein Teil der Bemerkungen zum Friedsvertragsentwurf von Konstantinopel nach Versailles abgegangen ist.

— Die türkische Friedensdelegation hat der Friedenskonferenz ein längeres Memorandum überreicht.

Das Entwaffnungsproblem

Von

Hauptmann Detlef Schmude.

Alle Meldungen lassen erkennen, daß die Entente wenig geneigt ist, auf der Konferenz in Spa die Frage der Entwaffnung Deutschlands in einem der Vernunft und Billigkeit entsprechenden Sinne zu behandeln. Möchten die nachstehenden Ausführungen des bekannten Siedlungsreformers Hauptmann Schmude dazu beitragen, im deutschen Volke und an den verantwortlichen Stellen das Verständnis für die Wichtigkeit des Problems zu vertiefen.

Die Schriftleitung.

In ungezählten Herzen schlägt heut ein Sehnen nach eigenem Heim und eigener Scholle heißer als jemals früher, nicht nur bei Großstadtmüden, die der Unruhe zu entfliehen suchen, nicht nur bei solchen, die müde geworden sind in dem Kampfe ums Dasein — es ist wie eine große Reaktion, die Hunderttausende nach den langen Leiden des Krieges befallen hat. Und zugleich ist es ein Zeichen, das für unser Volk hoffen lassen kann, denn es birgt Kraft und Gesundheit in sich. Warum befriedigt man es nicht? Land in Fülle ist da; starke Arme warten der Arbeit des Säens und Erntens. Ist nicht immer ein Weg gewesen, wo ein Wille war?

Wenn vor dem Kriege die Grenze des Möglichen dem Willensstarken weit gesteckt war, heute sind auch ihm die Hände gebunden: Eine braune Scholle und eine grüne Weide an sich sind wohl dem Wanderer zu Gefallen, nicht dem Siedler, der ohne Haus und Stall, ohne Ackergerät und Vieh der Natur, der er seinen Lebensunterhalt abringen will, hilflos gegenübersteht. Es darf nicht übersehen werden, daß selbst das Notwendigste, wenn es neu beschafft werden muß, fast unerschwingliche Mittel erfordert. Und ständen sie zur Verfügung, was hilfe es, wenn Kohlen fehlen, die Ziegel zu brennen, wenn es an Kali mangelt, um die Scholle ertragreich zu machen. Und das alles vielleicht nicht, weil es an diesen Naturprodukten fehlt oder weil der Wille nicht da ist, sie zu fördern, sondern weil die Waggons nicht zur Stelle sind, um den Siedler zu bedienen.

Wir stehen heute in der Siedlungsfrage nicht mehr, wie vor Jahresfrist, vor theoretischen Erwägungen, sondern zwölf Monate Praxis haben uns einen Weg gewiesen. An seinem Anfang steht das Wort „Zeit"! Und betrachten wir hiernach, was zu verlangen und was zu erreichen möglich ist, so kommen wir zu Schlüssen, die unseren Hoffnungen bei weitem nicht voll entsprechen. Der Siedlungsgedanke ist heute volkstümlich; im Augenblick um so mehr, da wir vor einer drohenden Wirtschaftskrise stehen. Nur ist es ein Unding, ein Heer von Arbeitslosen durch Ansiedeln von heute auf morgen dem einzelnen und dem Gemeinwohl nützlich unterbringen zu wollen. Mehr denn je muß heute der Gedanke vorherrschen, unter allen Umständen jeden an seiner Arbeitsstätte festzuhalten.

Wenn der Friedensvertrag von Versailles verlangt, daß am 10. Juli das Heer nur noch eine Stärke von 100 000 Köpfen hat, das heute — zwei Wochen sind noch bis zu jenem Zeitpunkte — die doppelte Zahl hat, so bedeutet das eine Katastrophe: Handel und Industrie sind überfüllt; es kommt hinzu, daß bedauerlicherweise noch immer der frühere Reichswehrangehörige im bürgerlichen Leben boykottiert wird. Da ist man auf den Gedanken der Siedlung verfallen. Und ich sage wieder: Zeit ist die erste Erfordernis. Zu Experimenten mit zweifelhaftem Ausgang ist unsere Lage wahrlich nicht angetan. Und welche Schwierigkeiten entstehen, wenn eine Truppe, die in schwerer Zeit für Ruhe und Ordnung ihr Blut eingesetzt hat, unversorgt auf der Straße steht, hat uns die Auflösung der Marine-Brigaden Ehrhardt und Löwenfeldt, der Freikorps und nicht zum mindesten der traurige Vorfall in Soest gezeigt.

Die Regierung kann sich darüber keinem Zweifel hingeben, daß, wenn sie heute 100 000 Soldaten unversorgt entläßt, daraus so ernsthafte Gefahren erwachsen, die zu bannen dann nicht mehr in ihrer Macht liegen wird. Damit begibt sie sich aber ihrer Autorität. Sie ist nicht mehr in der Lage, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Dann ist der geregelte Gang der Wirtschaft gefährdet. Die Erfüllung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages wird zur Unmöglichkeit. Und ein Deutschland, das nicht mehr produziert, reißt untergehend Europa nach sich.

Möge noch rechtzeitig einsichtigen Staatsmännern der Entente die Erkenntnis werden, daß die Beibehaltung eines 200 000-Mann-Heeres für Deutschland nicht eine militaristische Forderung ist, sondern daß die Wirtschaftler so wollen, daß es um das Ergehen nicht eines, sondern vieler schwergeprüfter Völker sich handelt, daß eine von übertriebenem Nationalgefühl diktierte Forderung zurücktreten muß, wenn der Untergang aller droht.

100 000 kampfgewohnte Männer innerhalb weniger Wochen als Erwerbslose auf die Straße zu setzen, bedeutet, das wirtschaftliche und politische Chaos derart zu verstärken, daß ein geordneter Wiederaufbau Deutschlands undenkbar wird. Was ein anarcho-bolschewistisches Deutschland für die Völker des Abendlandes zu bedeuten hätte, das werden die Staatsmänner der Entente hoffentlich nicht zu spät erkennen.

Aus Liebe zu meinem Volke und Vaterlande, aber auch aus Liebe zur gesamten weißen Rasse warne ich davor, Deutschlands Willen und Fähigkeit zur friedlichen inneren Kolonisation zu lähmen, dadurch, daß das Heer der Unzufriedenen, der um ihr Dasein Ringenden, künstlich vermehrt wird. Wehe, wenn kampferprobte deutsche Männer ihre Rettung im Anschluß an Rußland suchen, weil die Entente sie dazu treibt! Dann triumphieren Lenin und seine Mitarbeiter doch noch über die Herren von London und Paris. Unsagbares Elend aber zieht über Europa her-

SLUB
Wir führen Wissen.